

## Berliner Studienberechtigten- Panel (Best Up)



**Bericht** von Frauke Peter, Alessandra Rusconi, Heike Solga, C. Katharina Spieß und Vaishali Zambre

Informationen zum Studium verringern soziale Unterschiede bei der Studienabsicht von AbiturientInnen 555

**Interview** mit Frauke Peter

»Kinder aus Nichtakademiker-Haushalten wollen nach einem Infoworkshop eher studieren« 566

**Bericht** von Ronny Freier, Moritz Schubert, Mathias Schumann und Thomas Siedler

Jura-Prädikat hat eine stark positive Signalwirkung auf das Einkommen 567

**Am aktuellen Rand** Kommentar von Ferdinand Fichtner

Brexit: Zügiger Verhandlungsbeginn wäre auch ökonomisch sinnvoll 572



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
83. Jahrgang  
30. Juni 2016

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Gritje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Sebastian Kollmann  
Dr. Peter Krause  
Marie Kristin Marten  
Ilka Müller  
Miranda Siegel

#### Lektorat

Dr. Antonia Grohmann  
Dr. Alexandra Fedorets

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin  
Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Standard-Abo:** 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

**Studenten-Abo:** 49,90 Euro.

**Probe-Abo:** 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de) oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

#### NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

#### RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

## „Auswirkungen des Baus eines Kernkraftwerks auf Produktion und Erwerbstätigenzahl

### Ergebnisse einer Input-Output-Analyse

In der Öffentlichkeit wird der Bau von Kernkraftwerken vorwiegend unter den Gesichtspunkten der Energieversorgung und des Umweltschutzes diskutiert. In diesem Bericht soll ein dritter Aspekt untersucht werden, nämlich die Auswirkungen, die der Bau eines Kernkraftwerks im Wert von 1 075 Mill. DM zu Preisen von 1972 unter bestimmten Annahmen auf die Produktion und die Erwerbstätigenzahl in den Wirtschaftszweigen hat.

Dieser von der Kraftwerk-Union AG unterstützten Analyse liegt die Input-Output-Tabelle des DIW für 1972 zugrunde. Die Input-Output-Rechnung ermöglicht es, neben der direkten auch die indirekte Abhängigkeit der Branchen vom Bau eines Kernkraftwerks zu quantifizieren. Indirekt abhängig sind dabei Branchen, die selbst nicht direkt für den Bau eines Kernkraftwerks Vorleistungen liefern, solche aber für die direkten Lieferanten bereitstellen müssen.

Bei der heutigen konjunkturellen Lage in der Bundesrepublik ist davon auszugehen, daß durch den Bau eines Kernkraftwerks zusätzliche Einkommen geschaffen werden, die zu vermehrtem privaten Verbrauch führen, der wiederum Auswirkungen auf die Produktion und die Zahl der Erwerbstätigen in den Wirtschaftszweigen hat. Diese Wirkungskette kann analytisch berücksichtigt werden, indem das Input-Output-Modell durch die Einbeziehung des Keyneschen Multiplikators erweitert wird.

aus dem Wochenbericht Nr. 26+27 vom 1. Juli 1976

# Informationen zum Studium verringern soziale Unterschiede bei der Studienabsicht von AbiturientInnen

Von Frauke Peter, Alessandra Rusconi, Heike Solga, C. Katharina Spieß und Vaishali Zambre

AbiturientInnen, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben, studieren seltener als MitschülerInnen, bei denen mindestens ein Elternteil einen Universitäts- oder Fachhochschulabschluss hat. Erste Ergebnisse des *Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up)* des DIW Berlin und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zeigen, dass bereitgestellte Informationen zum Nutzen und zur Finanzierung eines Studiums insbesondere bei Jugendlichen ohne akademischen Bildungshintergrund der Eltern dafür sorgen, dass sie eher ein Studium anstreben. Und nicht nur das: Die Informationen führen dazu, dass sie dieses Vorhaben auch tatsächlich umsetzen wollen und sich nach dem Abitur auf Studienplätze bewerben. Um die soziale Ungleichheit bei der Studienabsicht von AbiturientInnen zu verringern, können kurze Schulworkshops mit wissenschaftlichen Informationen zu Nutzen und Finanzierung eines Studiums eine effektive Maßnahme sein.

Dass sich die Studienabsicht je nach Bildungshintergrund der Eltern unterscheidet, ist seit längerem bekannt. Eine Ursache dafür sehen ExpertInnen darin, dass angehende Studienberechtigte abhängig vom Bildungshintergrund ihrer Eltern unterschiedlich über Kosten, Finanzierung und Nutzen eines Studiums informiert sind.

Im Rahmen einer groß angelegten Studie – dem *Berliner-Studienberechtigten-Panel (Best Up)* – untersuchen das DIW Berlin und das WZB, inwiefern die Bereitstellung relevanter Informationen zum Nutzen und zur Finanzierung eines Studiums ein Jahr vor dem Abitur die Studienabsicht und das Bewerbungsverhalten von AbiturientInnen beeinflussen.

Obwohl die Zahl der StudienanfängerInnen in den vergangenen Jahren in allen Herkunftsgruppen stetig zugenommen hat,<sup>1</sup> gibt es nach wie vor große Unterschiede in der Studierwahrscheinlichkeit nach elterlichem Bildungshintergrund. Selbst wenn SchülerInnen die Hochschulreife erworben haben, ist die Wahrscheinlichkeit, ein Studium aufzunehmen, für SchülerInnen aus akademischen Elternhäusern wesentlich höher als für jene aus nichtakademischen Elternhäusern. Im Jahr 2012 war die Studierwahrscheinlichkeit für AbiturientInnen, bei denen die Eltern maximal eine Lehre absolviert haben, mit 61 Prozent um 21 Prozentpunkte geringer als für Studienberechtigte, bei denen mindestens ein Elternteil einen Universitätsabschluss hat (82 Prozent).<sup>2</sup> Entsprechende Unterschiede finden sich seit vielen Jahren, auch wenn in beiden Gruppen in den Jahren 1996 bis 2012 die Studierwahrscheinlichkeit um etwa zwei bis drei Prozentpunkte gestiegen ist.

<sup>1</sup> Die Zahl der StudienanfängerInnen in Deutschland ist seit Ende der 90er Jahre von 228 276 (1998) auf 395 659 im Jahr 2014 gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von über 70 Prozent. Vgl. Statistisches Bundesamt (2015): Wintersemester 2014/15. Fachserie 11, Reihe 4.1, Wiesbaden.

<sup>2</sup> Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2016): Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Bielefeld.

Aus einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive betrachtet wird das vorhandene Humanpotential somit nicht voll ausgeschöpft. In Bezug auf Chancengleichheit bedeutet dies, dass Jugendliche ihren post-sekundären Bildungsweg nicht unabhängig vom Bildungshintergrund ihrer Eltern wählen. Somit stellt sich die Frage, warum AbiturientInnen ohne akademischen Bildungshintergrund nach wie vor seltener ein Studium aufnehmen als ihre MitschülerInnen mit akademischem Bildungshintergrund der Eltern. Eine Ursache ist, dass die duale Ausbildung für Studienberechtigte aus nichtakademischen Elternhäusern als eine sehr attraktive Alternative zu einem Studium gilt.<sup>3</sup>

Allgemein verfügbare Informationen zeigen allerdings: Ein Studienabschluss bringt im Mittel höhere Erträge mit sich als eine Ausbildung. So ist in Deutschland das aggregierte Erwerbseinkommen für Personen mit Studienabschluss über den gesamten Lebensverlauf betrachtet deutlich höher (um das 1,8-fache) als ohne einen solchen Abschluss.<sup>4</sup> Personen mit einem Hochschulabschluss haben darüber hinaus ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko als Personen mit einem beruflichen Abschluss (einschließlich Fachschulabschluss): Im Jahr 2013 betrug die Arbeitslosenquote bei HochschulabsolventInnen etwa 2,5 Prozent, während sie für Personen mit beruflicher Ausbildung bei 5,1 Prozent lag und damit doppelt so hoch war.<sup>5</sup> Von daher stellt sich die Frage, warum AbiturientInnen ohne akademischen Bildungshintergrund diese Erträge seltener realisieren.

### Informationsdefizite als eine zentrale Ursache

In der Forschung werden seit vielen Jahren verschiedene Ursachen für den Unterschied im Übergangsverhalten von AbiturientInnen aus Elternhäusern mit und ohne höheren Bildungsabschluss (*Education Gap*) diskutiert. Aus einer bildungsökonomischen Perspektive können grundsätzlich drei Gruppen von Erklärungsmustern unterschieden werden: Zum einen gelten finanzielle Restriktionen als Ursache. Da ein geringeres Bildungsniveau der Eltern im Mittel mit einem geringeren Haushalts-

einkommen zusammenhängt, können diese Eltern unter sonst gleichen Bedingungen das Studium ihrer Kinder nicht in dem Maße finanziell unterstützen wie Eltern mit einem höheren Einkommen. Trotz des deutschen BAföG (Bundesausbildungsförderungsgesetz)<sup>6</sup> werden von einigen SchülerInnen daher zu hohe Kosten als ein Grund für die geringere Studierwahrscheinlichkeit genannt.<sup>7</sup> Ein zweiter Erklärungsansatz sieht die Ursache dafür in unterschiedlichen Persönlichkeitseigenschaften und Präferenzen von Individuen.<sup>8</sup> Als weiterer Erklärungsfaktor gelten mangelnde Informationen im Hinblick auf den Nutzen eines Studiums, die tatsächlichen Kosten, die Finanzierungsmöglichkeiten und die Zugangsbedingungen für ein Studium.<sup>9</sup> Bedenkt man die im internationalen Vergleich relativ geringen Studienkosten in Deutschland und das BAföG, das zumindest einen Teil der Unterhaltskosten während des Studiums abdeckt, so scheinen allerdings weniger die realen Kosten als vielmehr fehlende Informationen dazu ein zentraler Erklärungsansatz für die Herkunftunterschiede in den Studienabsichten zu sein.<sup>10</sup>

Auch in der Bildungssoziologie dienen Informationsungleichheiten zwischen Herkunftsgruppen als Erklärungsansatz.<sup>11</sup> Unterschiedliche Bildungsentscheidungen trotz eines Abiturs werden sowohl auf ökonomische Ressourcen als auch auf die subjektiven Kosten- und Nutzenerwartungen für ein Studium sowie die subjektiven Erfolgswahrscheinlichkeiten zurückgeführt. Darüber hinaus müssen Jugendliche aus höheren Schichten quasi studieren, um nicht hinter dem Status ihrer

<sup>3</sup> Beispielsweise ist es für AbiturientInnen aus nichtakademischen Elternhäusern schwieriger, ein Studium zu finanzieren. Viele Ausbildungen werden demgegenüber von Anfang an vergütet. Vgl. zum Beispiel Becker, R., Hecken, A. E. (2009): Why are Working-class Children Diverted from Universities? *European Sociological Review* 25, 2, 233-250.

<sup>4</sup> Vgl. Schmillen, A., Stüber, H. (2014): Bildung lohnt sich ein Leben lang. IAB-Kurzbericht 1/2014, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Werden ausschließlich Personen mit Abitur betrachtet, so ist dieser Unterschied etwas geringer.

<sup>5</sup> Vgl. Hausner, K., Söhnlein, D., Weber, B., Weber, E. (2015): Bessere Chancen mit mehr Bildung. IAB-Kurzbericht 11/2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Werden hier nur Personen mit Abitur betrachtet, so besteht kaum noch ein Unterschied.

<sup>6</sup> Zur Auswirkung des BAföG auf die Studienaufnahme, vgl. zum Beispiel Steiner, V., Wrohlich, K. (2008): BAföG-Reform 2008: Kaum Auswirkungen auf die Studienaufnahme von Abiturienten. *Wochenbericht des DIW Berlin* Nr. 30/2008, 424-427.

<sup>7</sup> Vgl. zum Beispiel Schneider, H., Franke, B. (2014): Bildungsentscheidungen von Studienberechtigten, Studienberechtigte 2012 ein halbes Jahr vor und ein halbes Jahr nach Schulabschluss. *Forum Hochschule* 6/2014, DZHW, Hannover.

<sup>8</sup> Vgl. für eine zusammenfassende Darstellung Storck, J. (2014): Wie Bildungsentscheidungen mit Persönlichkeitseigenschaften zusammenhängen. *DIW Roundup* 38; und für eine Analyse dieses Zusammenhangs vgl. Peter, F., Storck, J. (2015): Persönlichkeitseigenschaften beeinflussen die Studienabsicht von Jugendlichen. *DIW Wochenbericht* Nr. 1+2/2015, 3-10.

<sup>9</sup> So zeigt beispielsweise eine Studie im Rahmen des DZHW-Studienberechtigten-Panels 2012, dass sich lediglich 40 Prozent der SchülerInnen in Deutschland ein halbes Jahr vor Erwerb der Hochschulreife (eher) umfassend über die verschiedenen Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten informiert fühlen. Vgl. Franke, B., Schneider, H. (2015): Informationsverhalten bei der Studien- und Berufsausbildungswahl. *Studienberechtigte 2012 ein halbes Jahr vor und ein halbes Jahr nach Schulabschluss*. *Forum Hochschule* 1/2015, DZHW, Hannover.

<sup>10</sup> Vgl. dazu die zusammenfassende Darstellung der bildungsökonomischen Literatur in Peter, F., Zambre, V. (2014): Wer studiert ist informiert? – Studienentscheidungen und Informationsdefizite. *DIW Roundup* 35.

<sup>11</sup> Die Bildungssoziologie unterscheidet primäre und sekundäre Herkunftseffekte, wobei primäre auf Leistungsunterschiede zurückzuführen sind und sekundäre Effekte auf unterschiedliche Bildungsentscheidungen trotz gleicher Leistungen. Vgl. Boudon, R. (1974): *Education, opportunity, and social inequality*. New York.

Eltern zurückzubleiben. Kosten-, Nutzen- und Erfolgswahrscheinlichkeitserwägungen fallen bei ihnen aus diesem Grund weniger ins Gewicht als bei SchülerInnen ohne akademischen Bildungshintergrund.<sup>12</sup>

Hinsichtlich der Kosten- und Nutzenerwartungen sind Informationen jedoch zentral: Da Eltern ohne Hochschulabschluss häufig das Wissen zum Studium fehlt, schätzen sie und ihre Kinder die Kosten eher zu hoch und den Nutzen eher zu niedrig ein – insbesondere im Vergleich zu einer beruflichen Ausbildung. Der Tatsache, dass ihnen relevante Information zum Hochschulstudium fehlen, sind sie sich häufig nicht bewusst, sodass sie auch nicht nach entsprechenden Informationen suchen. Ein solches Informationsdefizit könnte daher zu geringeren Studienabsichten und weniger Bewerbungen für einen Studienplatz (trotz eines Studienwunsches) seitens dieser Jugendlichen führen.

Einige internationale Untersuchungen zeigen, dass Informationen, die aktiv bereitgestellt werden, die Bildungsabsichten und -entscheidungen von Jugendlichen beeinflussen.<sup>13</sup> Sie beziehen sich jedoch zumeist auf Länder mit hohen Studiengebühren und deutlich höheren Einkommensunterschieden zwischen Personen mit und ohne Hochschulabschluss. Von daher mögen in Deutschland Kostenerwägungen und damit auch Fehleinschätzungen zum einen eine geringere Rolle spielen. Zum anderen gibt es in Deutschland die berufliche Ausbildung und damit insbesondere in den sogenannten AbiturientInnenberufen (wie Bankkauffrau und Bankkaufmann sowie Berufe im IT-Bereich) vergleichsweise geringe Einkommensunterschiede zu HochschulabsolventInnen. Gleichwohl können Informationsasymmetrien zwischen Herkunftsfamilien auch in Deutschland bedeutsam sein und zu unterschiedlichen Bildungsentscheidungen von Jugendlichen mit Abitur führen.

Für Deutschland liegen nach Kenntnis der Autorinnen dieses Berichts bisher jedoch keine entsprechenden Studien vor.<sup>14</sup> Im Rahmen des *Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up)* wird daher untersucht, ob in Deutschland

die aktive Bereitstellung von Informationen Herkunftsunterschiede beim Übergang in ein Hochschulstudium verringert.

### Fokus liegt auf Studienabsichten und ihrer Verwirklichung

Die Studienabsicht geht der tatsächlichen Aufnahme eines Studiums voraus.<sup>15</sup> Sie ist die Basis dafür, dass sich Individuen über konkrete Studienmöglichkeiten informieren und einen entsprechenden Bewerbungsprozess beginnen. Offen ist dabei zum einen, ob Studienabsichten stabil bleiben, je näher der Zeitpunkt der Bewerbung rückt und konkrete Gespräche im Familien- und Freundeskreis zu diesem Thema stattfinden.<sup>16</sup> Zum anderen ist zu untersuchen, ob Studienabsichten auch tatsächlich in Bewerbungen um einen Studienplatz oder (bei zulassungsfreien Studiengängen) in Einschreibungen münden.

Studienabsichten und Bewerbungen spiegeln vor allem das Selbstinteresse der Jugendlichen wider. Sie sind im Unterschied zur Studienaufnahme weniger von äußeren Bedingungen wie beispielsweise dem Auswahlverfahren der Hochschulen beeinflusst. Daher analysiert dieser Bericht die Studienabsichten als den ersten und Bewerbungen als den zweiten notwendigen Schritt, die einem Studium vorausgehen.

### Das Berliner-Studienberechtigten-Panel (Best Up)

Mithilfe des *Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up)*<sup>17</sup> kann erstmals der kausale Zusammenhang zwischen der Bereitstellung von Informationen und Studienabsicht sowie Bewerbung um einen Studienplatz für Deutschland untersucht werden. Im Rahmen dieses Projekts haben SchülerInnen aus 27 ausgewählten Berliner Schulen an Befragungen teilgenommen. Davon wurde an einigen zufällig ausgewählten Schulen ein Informationsworkshop zu Nutzen und Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums durchgeführt (Kasten).

Es wurden insbesondere Schulen in Stadtbezirken ausgewählt, in denen Kinder aus nichtakademisch gebildeten Familien überproportional vertreten sind. Schulen, an denen Kinder höherer Bildungs- und Einkommenschichten zumeist unter sich sind, blieben außen vor.

<sup>12</sup> Vgl. zum Beispiel Lörz, M. (2012): Mechanismen sozialer Ungleichheit beim Übergang ins Studium. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderband 52, 302–324.

<sup>13</sup> Vgl. zum Beispiel Oreopoulos, P., Dunn, R. (2013): Information and College Access: Evidence from a Randomized Field Experiment. The Scandinavian Journal of Economics 115(1), 3–26; McGuigan, M., McNally, S., Wyness, G. (2012): Student Awareness of Costs and Benefits of Educational Decisions: Effects of an Information Campaign. Centre for the Economics of Education Discussion Papers 139.

<sup>14</sup> Eine der wenigen deutschen Studien, die in eine ähnliche Richtung gehen, ist die Evaluation eines Orientierungspraktikums im Rahmen der nordrhein-westfälischen Initiative „Zukunft fördern. Vertiefte Berufsorientierung gestalten“. Vgl. dazu zum Beispiel Mohrenweiser, J., Pfeiffer, F. (2016): Zur Entwicklung der studienspezifischen Selbstwirksamkeit in der Oberstufe. ZEW Discussion Paper No. 16–001.

<sup>15</sup> Die Studienabsicht wurde für diesen Bericht wie folgt abgefragt: „Jetzt denken Sie an alles, was Sie derzeit wissen: Welche Art von Ausbildung werden Sie nach Beendigung der Schule wahrscheinlich machen?“

<sup>16</sup> Vgl. zum Beispiel Hossler, D., Symms Gallagher, K. (1987): Studying student college choice. College and University 62(3), 207–221.

<sup>17</sup> Das Projekt ist ein Kooperationsprojekt zwischen dem DIW Berlin und dem WZB.

Kasten

### Das Berliner-Studienberechtigten-Panel (Best Up)

Das *Berliner-Studienberechtigten-Panel (Best Up)* ist ein Kooperationsprojekt des DIW Berlin und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Es wird in den Jahren 2012 bis 2016 von der Einstein Stiftung Berlin gefördert.<sup>1</sup> Die Onlinebefragungen im Rahmen dieser Studie wurden von TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt.

Gegenstand der Studie sind Bildungsentscheidungen nach dem (Fach-)Abitur. In den Befragungen werden Berliner SchülerInnen unter anderem zu Folgendem befragt: ihren Plänen für die Zeit nach dem Abitur, dem Nutzen eines Studiums im Vergleich zu einer beruflichen Ausbildung, der Einschätzung der Kosten eines Studiums sowie der subjektiven Einschätzung, wie gut sie sich über ein Studium oder eine berufliche Ausbildung informiert fühlen.

Die im vorliegenden Bericht dargestellten Analysen basieren auf den ersten drei Best-Up-Befragungen: Die erste Befragung fand ein Jahr vor dem Abitur an 27 Berliner Schulen statt (Mai/Juni 2013), die zweite Befragung zwei bis drei Monate später (August/September 2013) und die dritte Befragung erfolgte kurz nach dem Abitur (Juli bis September 2014).<sup>2</sup> In der ersten Befragung wurden 1 578 Berliner SchülerInnen an Schulen mit gymnasialer Oberstufe (Gymnasien, integrierte Sekundarschulen und berufliche Gymnasium) befragt.

<sup>1</sup> Förderkennzeichen A-2010-025 (FU).

<sup>2</sup> Mit Ausnahme der ersten Befragung, die in den Schulen stattfand, wurden alle nachfolgenden Befragungen als Online-Befragungen durchgeführt.



Die 27 Schulen wurden aus einer Grundgesamtheit von Schulen in Berliner Bezirken gezogen, in denen insgesamt anteilig mehr Personen ohne Hochschulabschluss leben als in anderen Bezirken.<sup>3</sup> Es wurden damit bewusst Schulen ausgewählt, die mehrheitlich von SchülerInnen aus nichtakademischen Elternhäusern besucht werden. Dies war notwendig, da zentrale Forschungsfragen des Gesamtprojekts auf die Unterschiede zwischen AbiturientInnen aus Familien mit und ohne akademischen Bildungshintergrund abzielen, SchülerInnen aus nichtakademischen Elternhäusern unter den AbiturientInnen jedoch unterrepräsentiert sind.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist daher zu beachten, dass es sich bei den befragten SchülerInnen überproportional häufig um Jugendliche handelt, bei denen kein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, und bei den SchülerInnen mit akademisch gebildeten

Eltern um jene, die auf eine Schule in einem Bezirk mit einem vergleichsweise geringen Anteil an Akademikerfamilien gehen.

Im Rahmen der Studie wurde an acht zufällig ausgewählten Schulen ein Informationsworkshop durchgeführt.<sup>4</sup> Durch den

<sup>3</sup> Um Schulen in Bezirken mit vergleichsweise weniger Akademikerhaushalten zu ziehen, wurde das Bildungsniveau der über 25-Jährigen auf Bezirksebene verwendet. Gemessen wurde dieser als Anteil der Personen ab 25 Jahren ohne beruflichen Bildungs- oder Hochschulabschluss basierend auf dem Indikator „International Standard Classification of Education“ 1997 (ISCED 1997). Als niedriger Bildungsstand wurden die Kategorien 0 bis 2 des ISCED verwendet: Dies umfasst Personen, die gar keine formale Bildung erhalten haben, bis hin zu Personen, die einen niedrigen Schulabschluss haben.

<sup>4</sup> Für eine detaillierte Darstellung siehe Peter, F., Zambre, V. (2016): *Intended College Enrollment and Educational Inequality: Do Students*

Die befragten SchülerInnen besuchen also unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Schulen.<sup>18</sup> Hinzu kommt, dass die StudienteilnehmerInnen in vergleichbaren Stadtvierteln leben.

Die Fokussierung auf Berlin bietet darüber hinaus weitere Vorteile: Zum einen haben alle Befragten die gleiche Nähe zu hoch- oder außerschulischen Informationsange-

<sup>18</sup> Da Kinder aus höheren Schichten in Schulen, die stark von dieser Schicht besucht werden, nicht im Sample enthalten sind, sind zudem auch die Herkunftsunterschiede, die im Folgenden gezeigt werden, geringer als die tatsächlich vorhandenen Unterschiede. Es handelt sich also um eine konservative Schätzung oder einen „harten Test“ des Einflusses von Informationsunterschieden.

boten wie Berufsinformationszentren der Bundesagentur für Arbeit oder die Studienberatung an Hochschulen. Zum anderen sind die Entfernungen zu Hochschulen und Ausbildungsplätzen gleich. Schließlich gibt es in Berlin ein hohes Studienplatzangebot. Dies ist wichtig, da andere Studien gezeigt haben, dass diese Faktoren Studienentscheidungen beeinflussen.<sup>19</sup> Zudem ermöglicht der regionale Fokus auf Berlin Analysen unabhängig vom Schulsystem, die bei einem Vergleich zwischen Bundesländern berücksichtigt werden müssten.

<sup>19</sup> Vgl. zum Beispiel Spieß, C. K., Wrohlich, K. (2010): *Does Distance Determine Who Attends a University in Germany?* *Economics of Education Review*, 29, 470-479.

Vergleich von SchülerInnen, die am Informationsworkshop teilgenommen haben, mit SchülerInnen, die nicht am Informationsworkshop teilgenommen haben, ist es möglich, den Effekt der Bereitstellung von Informationen zu untersuchen. Die zufällige Zuteilung des Informationsworkshops (auf Schulebene) stellt sicher, dass dieser Vergleich den kausalen Wirkungszusammenhang misst. Wären die Schulen mit Informationsworkshop nicht zufällig ausgewählt worden, hätten vermutlich eher Schulen mit Schulleitungen beziehungsweise SchülerInnen teilgenommen, die an Informationen zum nachschulischen Bildungsweg besonders interessiert sind. Eine Analyse der Wirkung auf die Studienabsicht sowie die Studienplatzbewerbung (beziehungsweise die Studienplatzeinschreibung) wäre dadurch verzerrt gewesen.

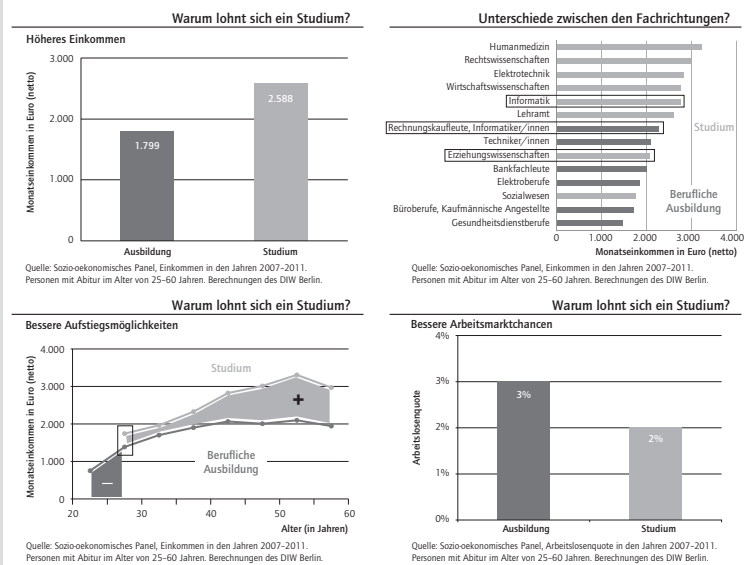
Der Informationsworkshop fand in der Schule direkt im Anschluss an die Befragung statt und umfasste eine 20-minütige Präsentation und ein dreiminütiges Video als standardisierte Zusammenfassung am Ende des Workshops. Die SchülerInnen erhielten Informationen zum Nutzen eines Studiums im Vergleich zu einer beruflichen Ausbildung und zur Finanzierung eines Studiums. Die Präsentation umfasste unter anderem Informationen zu Einkommensunterschieden, zur Entwicklung der unterschiedlichen Erwerbseinkommen über den Lebensverlauf und zum Arbeitslosigkeitsrisiko für AbiturientInnen differenziert nach Abschluss (Hochschulstudium oder berufliche Ausbildung) (Abbildung). Dabei wurden auch die unterschiedlichen Verdienstmöglichkeiten nach Fächergruppen und (fachlich nahen)

Lack Information? DIW Discussion Paper 1589, Berlin; sowie Ehlert, M., Finger, C., Rusconi, A., Solga, H. (2016): Applying to college: Does additional information encourage lower-class students to pursue their college intentions? Evidence from a field experiment. Berlin, WZB (unveröffentlichtes Manuskript).

Ausbildungsberufen dargestellt. Im Hinblick auf Finanzierungsmöglichkeiten erhielten die SchülerInnen Informationen zu den Hauptfinanzierungsarten: BAföG, Stipendien und Nebenjobs. Alle Informationen basierten auf visuellen Materialien, um die Informationen für die SchülerInnen möglichst anschaulich darzustellen.

Abbildung

**Beispielhaftes Präsentationsmaterial des Best-Up-Infoworkshops**



Quelle: Darstellung der Best-Up-Projektgruppe.

© DIW Berlin 2016

Die folgenden Ergebnisse basieren auf den ersten drei Befragungswellen des *Berliner-Studienberechtigten-Panels*, wobei die ersten beiden Befragungen jeweils vor dem Abitur und die dritte direkt nach dem Abitur stattgefunden haben. Die Auswertungen erfolgen getrennt für SchülerInnen aus nichtakademischen Familien, in denen kein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, und SchülerInnen aus akademischen Elternhäusern, in denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss besitzt. In einigen Analysen wird noch weitergehend zwischen akademischen Elternhäusern differenziert.<sup>20</sup>

**Studienabsicht und Informationsgrad variieren nach Bildungshintergrund**

Die Studienabsicht angehender AbiturientInnen aus akademischen Elternhäusern unterscheidet sich signifikant von der Studienabsicht derjenigen ohne akademischen Bildungshintergrund. Insgesamt streben 84 Prozent der angehenden AbiturientInnen aus akademischen Familien ein Jahr vor dem Abitur ein Studium an und nur 72 Prozent derer aus nichtakademischen Elternhäusern (Tabelle 1).

20 Vgl. dazu Ehlert, M., Finger, C., Rusconi, A., Solga, H. (2016): Applying to college: Does additional information encourage lower-class students to pursue their college intentions? Evidence from a field experiment. Berlin, WZB (unveröffentlichtes Manuskript).

Tabelle 1

**Informationsgrad der SchülerInnen nach Bildungshintergrund vor dem Informationsworkshop**

In Prozent, Differenz in Prozentpunkten<sup>1</sup>

	Mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss	Kein Elternteil mit Hochschulabschluss	Differenz
<b>Studienabsicht</b>	84,1	72,4	-11,7***
Sich gut über Möglichkeiten eines Studiums informiert fühlen	38,4	32,7	-5,7**
Schwierigkeiten haben, hilfreiche Informationen einzuholen	24,5	28,7	4,2*
Infoquelle: Eltern/Familie	94,2	87,3	-6,9***
Infoquelle Eltern/Familie als hilfreich empfunden (sofern genutzt)	68,8	57,3	-11,5***
<b>Kosten</b>			
Sich nicht/kaum mit Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums beschäftigt	45,9	49,5	3,6
Keine Stipendienmöglichkeiten bekannt	29,7	38,4	8,7***
Finanzierung eines Studiums ist schwierig	29,0	45,2	16,2***
<b>Nutzen</b>			
Arbeitslosigkeitsrisiko mit Studienabschluss ist geringer	40,3	39,0	-1,3
Aussichten für gut bezahlten Job mit Studienabschluss sind höher	68,8	71,6	2,8
Lebenseinkommen mit Studienabschluss ist höher	61,6	62,8	1,2
N <sup>2</sup>	580	935	1 515

<sup>1</sup> Mittelwertvergleich auf Basis eines zweiseitigen T-Tests.

<sup>2</sup> Die Anzahl der Beobachtungen kann aufgrund von Antwortausfall variieren.  
Signifikanzniveau: \* p < 0,10 / \*\* p < 0,05 / \*\*\* p < 0,01

Quelle: Berechnungen der Best-Up-Projektgruppe, Befragungswelle 1.

© DIW Berlin 2016

SchülerInnen aus nichtakademischem Elternhaus haben eine geringere Studienabsicht und fühlen sich über die Möglichkeiten eines Studiums nicht so gut informiert.

Um die Wirkung von Informationen auf die Studienabsicht zu untersuchen, werden zunächst der Informationsstand der SchülerInnen nach Bildungshintergrund der Eltern und die Studienabsicht betrachtet – und zwar *bevor* an einem zufällig ausgewählten Teil der Schulen ein Informationsworkshop stattfindet.

Obwohl es unterschiedliche Informationsangebote gibt und SchülerInnen sich unter anderem auch im Internet informieren können, fühlen sich lediglich etwas mehr als ein Drittel der SchülerInnen gut oder sehr gut über ein Studium informiert: 38 Prozent jener aus einem akademischen Elternhaus und knapp 33 Prozent aus einem nichtakademischen Elternhaus.

Werden beide Gruppen zudem nach ihrer Studienabsicht unterschieden, geben Jugendliche ohne Studienabsicht sowohl mit akademischem als auch nichtakade-

mischem Bildungshintergrund der Eltern zu etwa gleichen Anteilen (25 beziehungsweise 24 Prozent) an, sich gut bis sehr gut informiert zu fühlen (Tabelle 2). Deutliche Unterschiede bestehen allerdings, wenn die Jugendlichen beabsichtigen, ein Studium aufzunehmen: Hier fühlen sich nur gut 36 Prozent der Jugendlichen ohne akademischen Bildungshintergrund der Eltern gut bis sehr gut informiert, im Gegensatz zu 41 Prozent der Jugendlichen, deren Eltern einen akademischen Bildungshintergrund haben. An dieser Stelle lassen sich für den Zeitpunkt, zu dem noch kein Informationsworkshop stattgefunden hat, zwei Aussagen treffen: Jugendliche, die die Aufnahme eines Studiums beabsichtigen, fühlen sich eher informiert und es zeigen sich außerdem Unterschiede nach dem familiären Bildungshintergrund.

Um Informationen über das Studium und andere Bildungswege zu bekommen, nutzen fast 94 Prozent der SchülerInnen aus akademischen Elternhäusern ihre Eltern und Familie als Informationsquelle. Deutlich geringer ist dieser Anteil bei den Jugendlichen ohne akademischen Bildungshintergrund der Eltern (87 Prozent). Darüber hinaus bewerten Letztere diese Informationsquelle signifikant seltener als hilfreich (Tabelle 1). Dieser Unterschied nach Bildungsherkunft zeigt sich besonders deutlich bei den AbiturientInnen mit Studienabsicht (Tabelle 2).

Trotz staatlicher Fördermaßnahmen wie dem BAföG empfindet fast die Hälfte der SchülerInnen (45 Prozent), deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben, die Finanzierung eines Studiums als schwierig. Dies empfinden deutlich weniger SchülerInnen aus akademischen Familien so (29 Prozent, Tabelle 1). Die Beschäftigung mit Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums variiert hingegen nicht nach elterlichem Bildungshintergrund, sondern allein nach der Studienabsicht der Jugendlichen ein Jahr vor dem Abitur: In beiden Gruppen (Eltern mit und ohne Hochschulabschluss) haben sich 58 Prozent der SchülerInnen ohne Studienabsicht nicht oder kaum mit der Finanzierung eines Studiums beschäftigt. In der Gruppe derjenigen mit Studienabsicht haben sich dagegen deutlich mehr SchülerInnen mit der Finanzierung eines Studiums befasst (Tabelle 2).

**Streben Jugendliche ein Studium an, wissen sie mehr über dessen Nutzen**

SchülerInnen schätzen den Nutzen eines Studiums im Vergleich zu einer beruflichen Ausbildung insgesamt höher ein. Dabei zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede nach dem familiären Bildungshintergrund (Tabelle 1).

Bei einem Blick auf die Unterschiede in der Studienabsicht zeigt sich, dass SchülerInnen mit Studienabsicht



Tabelle 2

### Informationsgrad der SchülerInnen nach Bildungshintergrund und Studienabsicht vor dem Informationsworkshop

In Prozent, Differenz in Prozentpunkten<sup>1</sup>

	Kein Elternteil mit Hochschulabschluss			Mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss		
	Keine Studienabsicht	Studienabsicht	Differenz	Keine Studienabsicht	Studienabsicht	Differenz
Sich gut über Möglichkeiten eines Studiums informiert fühlen	25,1	35,5	10,4***	23,6	41,0	17,4***
Schwierigkeiten haben, hilfreiche Informationen einzuholen	26,9	29,3	2,4	30,8	23,3	-7,5
Infoquelle: Eltern/Familie	85,8	87,8	2,0	90,2	95,0	4,8*
Infoquelle Eltern/Familie als hilfreich empfunden (sofern genutzt)	61,5	55,8	-5,7	59,0	70,5	11,5**
<b>Kosten</b>						
Sich nicht/kaum mit Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums beschäftigt	58,2	46,4	-11,8***	57,9	44,0	-13,9**
Finanzierung eines Studiums ist schwierig	52,9	42,2	-10,7***	32,2	28,4	-3,8
<b>Nutzen</b>						
Arbeitslosigkeitsrisiko mit Studienabschluss ist geringer	30,3	42,2	11,9***	30,0	42,2	12,2**
Aussichten für gut bezahlten Job mit Studienabschluss sind höher	56,5	77,4	20,9***	52,3	72,0	19,7***
Lebenseinkommen mit Studienabschluss ist höher	55,7	65,5	9,8***	55,0	62,9	7,9
N <sup>2</sup>	255	673	928	92	487	576

<sup>1</sup> Mittelwertvergleich auf Basis eines zweiseitigen T-Tests.

<sup>2</sup> Die Anzahl der Beobachtungen kann aufgrund von Antwortausfall variieren.

Signifikanzniveau: \*  $p < 0,10$  / \*\*  $p < 0,05$  / \*\*\*  $p < 0,01$

Quelle: Berechnungen der Best-Up-Projektgruppe, Befragungswelle 1.

© DIW Berlin 2016

Streben SchülerInnen ein Studium an, sind sie über den Nutzen und die Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums besser informiert.

unabhängig vom Bildungshintergrund den Nutzen eines Studiums höher einschätzen als ihre MitschülerInnen ohne Studienabsicht. Der Anteil an Befragten, die ein höheres Lebenseinkommen mit Studienabschluss erwarten als mit einer beruflichen Ausbildung, ist in beiden Herkunftsgruppen bei SchülerInnen mit Studienabsicht um etwa acht bis zehn Prozentpunkte höher als bei ihren MitschülerInnen ohne Studienabsicht. Das Gleiche gilt für die Einschätzung hinsichtlich des Risikos, im Laufe des Erwerbslebens arbeitslos zu werden. Auch die Einschätzung, dass die Aussichten auf einen gut bezahlten Job mit einem Studienabschluss höher sind, korreliert stark mit der Studienabsicht: Der Unterschied zwischen SchülerInnen mit und ohne Studienabsicht (unabhängig vom Bildungsabschluss der Eltern) beträgt dabei etwa 20 Prozentpunkte (Tabelle 2).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Jugendliche, die ein Studium anstreben, den Nutzen eines Studiums höher einschätzen und besser über diesen informiert sind als SchülerInnen, die kein Studium planen.

### Informationen verändern Kosten-Nutzen-Vorstellungen

Um die Wirkung von Informationen auf Studienabsichten und Bewerbungen bewerten zu können, muss auch untersucht werden, inwieweit die SchülerInnen, die an einem Informationsworkshop teilgenommen haben, die dort erhaltenen Informationen tatsächlich in ihre Überlegungen einbeziehen. Deshalb werden deren Kosten-Nutzen-Vorstellungen mit denen der SchülerInnen verglichen, die keinen Informationsworkshop hatten. Dazu haben die SchülerInnen den Nutzen eines Studiums sowohl vor dem Informationsworkshop eingeschätzt als auch zwei bis drei Monate und ein Jahr später. Zum letztgenannten Zeitpunkt wurden darüber hinaus die wahrgenommenen Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten erfasst.

Die Ergebnisse zeigen, dass SchülerInnen die bereitgestellten Informationen verarbeiten und ihre Vorstellungen entsprechend anpassen (Tabelle 3). So geben zwei bis drei Monate nach dem Informationsworkshop fast

Tabelle 3

**Informationsgrad nach dem Informationsworkshop nach Teilnahmestatus**

In Prozent, Differenz in Prozentpunkten<sup>1</sup>

	Ohne Teilnahme	Mit Teilnahme	Differenz
<b>2 bis 3 Monate später<sup>2</sup></b>			
Arbeitslosigkeitsrisiko mit Studienabschluss ist geringer	31,4	41,6	10,1**
Aussichten für gut bezahlten Job mit Studienabschluss sind höher	70,1	79,0	8,8***
<b>1 Jahr später<sup>3</sup></b>			
Lebenseinkommen mit Studienabschluss ist höher	63,0	75,0	12,0**
Sich gut über Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums informiert fühlen	34,8	48,0	13,2***
Wissen, dass nur die Hälfte des Bafögs zurück gezahlt werden muss	54,1	61,5	7,4
Wissen, dass die Bafög-Rückzahlung erst beginnt, sofern man einen Job hat und das Einkommen einen Grenzwert übersteigt	40,9	50,9	10,0***
Wissen, dass man maximal 10 000 Euro zurück zahlen muss	16,7	18,9	2,2
Wissen, dass die Rückzahlungsperiode nicht sofort nach Studienabschluss beginnt	31,0	38,3	7,3***

1 Mittelwertvergleich auf Basis eines zweiseitigen T-Tests unter Berücksichtigung der Korrelation zwischen SchülerInnen derselben Schule.

2 Anzahl der Beobachtungen maximal 1 054; kann aufgrund von Antwortausfall variieren.

3 Anzahl der Beobachtungen maximal 953; kann aufgrund von Antwortausfall variieren.

Signifikanzniveau: \*  $p < 0,10$  / \*\*  $p < 0,05$  / \*\*\*  $p < 0,01$

Quelle: Berechnungen der Best-Up-Projektgruppe, Befragungswellen 2 und 3.

© DIW Berlin 2016

SchülerInnen, die an einem Informationsworkshop teilgenommen haben, wissen besser über Nutzen und Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums Bescheid.

42 Prozent der WorkshopteilnehmerInnen an, dass das Arbeitslosigkeitsrisiko mit einem Hochschulabschluss geringer ist als mit einem beruflichen Abschluss, im Vergleich zu gut 31 Prozent der SchülerInnen ohne Informationsworkshop. Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich auch in Bezug auf die Aussicht, einen gut bezahlten Job zu bekommen. Die Einschätzungen unterscheiden sich auch noch ein Jahr nach dem Workshop. So erwarten 75 Prozent der WorkshopteilnehmerInnen, dass das Lebenseinkommen mit Hochschulabschluss höher ist, im Gegensatz zu 63 Prozent der SchülerInnen ohne Informationsworkshop.

Ein Jahr nach dem Informationsworkshop werden auch die Angaben über Finanzierungsmöglichkeiten, zu denen die WorkshopteilnehmerInnen Informationen erhielten, verglichen: 51 Prozent wissen zu diesem Zeit-

punkt, dass die BAföG-Rückzahlung erst beginnt, wenn ein Erwerbseinkommen in bestimmter Höhe erzielt wird. Dies wissen im Gegensatz dazu nur 41 Prozent der SchülerInnen ohne Informationsworkshop. 48 Prozent der WorkshopteilnehmerInnen fühlen sich gut über die Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums informiert – ohne eine Workshopteilnahme liegt dieser Wert bei 35 Prozent.

**Informationen erhöhen die Studienabsicht von SchülerInnen ohne akademischen Bildungshintergrund**

Eine Veränderung der Kosten-Nutzen-Vorstellungen bedeutet jedoch noch nicht, dass SchülerInnen ihre Studienabsicht anpassen. Daher werden die Veränderungen in der Studienabsicht sowohl zwei bis drei Monate nach dem Informationsworkshop als auch ein Jahr später betrachtet.<sup>21</sup> Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Studienabsicht der SchülerInnen durch die Bereitstellung von Informationen verändert hat. So streben WorkshopteilnehmerInnen ein Jahr danach eher ein Studium an als SchülerInnen, die nicht an einem Informationsworkshop teilgenommen haben (Tabelle 4, Spalte 1).

Mit Blick auf den familiären Bildungshintergrund bestätigt sich der positive Einfluss der bereitgestellten Informationen auf die Studienabsicht ein Jahr später nur für SchülerInnen, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben (Tabelle 4, Spalte 2): Für diese Gruppe steigt durch den Informationsworkshop der Anteil derjenigen mit einer Studienabsicht um knapp zwölf Prozentpunkte. Für die Gruppe der NichtakademikerInnenkinder erhöht sich die Studienabsicht allerdings auch schon zwei bis drei Monate nach dem Informationsworkshop, und zwar um acht Prozentpunkte.<sup>22</sup>

Dagegen verringert sich bei SchülerInnen aus akademischem Elternhaus – insbesondere bei solchen mit schlechteren Leistungen – kurzfristig eher die Studienabsicht, wenn sie am Informationsworkshop teilgenommen haben (Tabelle 4, Spalte 3). Dieser Effekt ist ein Jahr später im Aggregat aller AbiturientInnen aus akademischen Familien allerdings nicht mehr vorhanden. Es scheint, dass bei SchülerInnen aus akademischen Elternhäusern der Einfluss der Eltern mittelfristig wieder stärker hervortritt: Ein Jahr später kehren sie zur ursprünglichen Bildungsabsicht zurück.

21 Zu den SchülerInnen, die ein Jahr später ein Studium anstreben, werden auch diejenigen gezählt, die sich zu diesem Zeitpunkt bereits für einen Studienplatz beworben haben.

22 Für eine detaillierte Analyse der Informationsbereitstellung auf die Studienabsicht zwei bis drei Monate später siehe Peter, F., Zambre, V. (2016): Intended College Enrollment and Educational Inequality: Do Students Lack Information? DIW Discussion Paper 1589, Berlin.

Tabelle 4

**Effekt des Informationsworkshops auf die Studienabsicht**

Koeffizienten einer linearen Regression<sup>1</sup>

	Insgesamt	Kein Elternteil mit Hochschulabschluss	Mindestens ein Elternteil mit Hochschulabschluss
Studienabsicht 2 bis 3 Monate später	0,0276	0,0833**	-0,0581**
Standardfehler <sup>2</sup>	0,025	0,036	0,027
N	988	613	375
Studienabsicht 1 Jahr später	0,0711*	0,1167**	0,0189
Standardfehler <sup>2</sup>	0,038	0,049	0,045
N	859	531	328

1 Es wird auf die Veränderung in der Studienabsicht vor und nach dem Informationsworkshop regressiert. Bei der Schätzung werden folgende Kontrollvariablen berücksichtigt: Schultyp, Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, (standardisierte) Deutsch- und Mathenoten im vorletzten Schuljahr sowie verbale und figurale kognitive Grundkompetenzen (Testergebnisse).

2 Korrelation zwischen SchülerInnen derselben Schule berücksichtigt. Signifikanzniveau: \* p < 0,10 / \*\* p < 0,05 / \*\*\* p < 0,01

Quelle: Berechnungen der Best-Up-Projektgruppe, Befragungswellen 1 bis 3.

© DIW Berlin 2016

Die Bereitstellung von Informationen erhöht die Studienabsicht von SchülerInnen aus nichtakademischem Elternhaus.

Die Effekte von Informationen auf die Veränderung in der Studienabsicht bleiben auch dann bestehen, wenn die Analysen auf diejenigen SchülerInnen beschränkt werden, die das Abitur ein Jahr nach dem Workshop erfolgreich erworben haben. Darüber hinaus untermauern verschiedene weitere Robustheitsprüfungen zusätzlich den Effekt von Informationen auf die Intention, ein Studium aufzunehmen.<sup>23</sup>

**Durch Informationen geben SchülerInnen seltener ihre Studienabsicht auf**

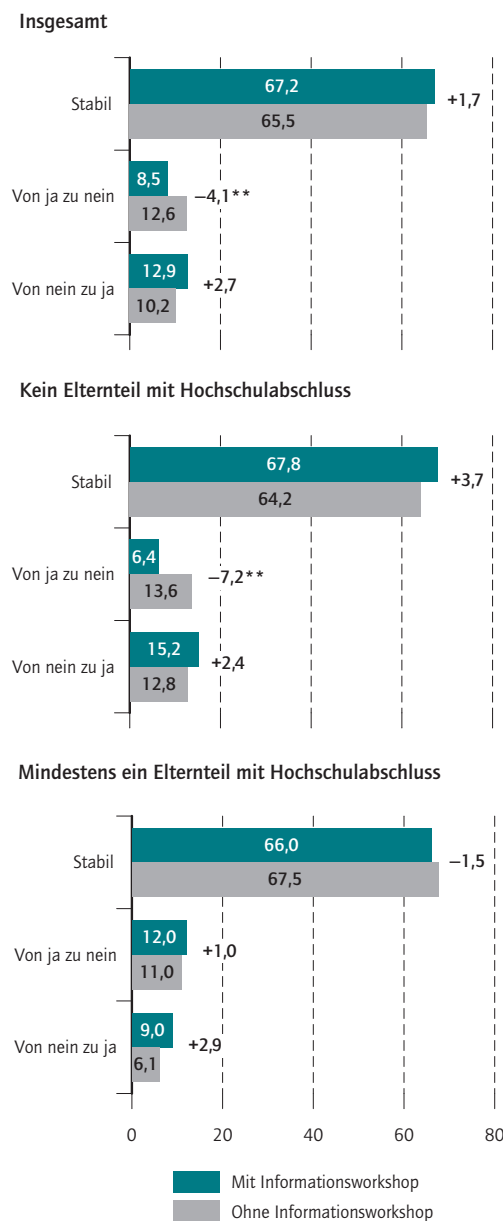
In einem weiteren Schritt werden die Veränderungen in der Studienabsicht noch detaillierter betrachtet. SchülerInnen passen diese potentiell in drei unterschiedliche Richtungen an: Eine Schülerin oder ein Schüler kann erstens sowohl vor als auch nach dem Workshop eine Studienaufnahme beabsichtigen oder nicht (*stabil*); sie oder er kann zweitens bereits vor dem Informationsworkshop eine Studienabsicht haben, ein Jahr später allerdings nicht mehr (*von ja zu nein*); und sie oder er kann drittens vor dem Informationsworkshop keine Studienaufnahme beabsichtigen und ein Jahr später dann doch (*von nein zu ja*). Diese detailliertere Betrachtung der Ver-

23 Vgl. dazu Peter, F., Zambre, V. (2016), a. a. O.

Abbildung

**Effekt des Informationsworkshops auf die Veränderung der Studienabsicht nach einem Jahr**

In Prozent, Differenz in Prozentpunkten<sup>1</sup>



1 Mittelwertvergleich auf Basis eines zweiseitigen T-Tests unter Berücksichtigung der Korrelation zwischen SchülerInnen derselben Schule. Signifikanzniveau: \* p < 0,10 / \*\* p < 0,05 / \*\*\* p < 0,01

Quelle: Berechnungen der Best-Up-Projektgruppe, Befragungswellen 1 bis 3.

© DIW Berlin 2016

Ein Informationsworkshop vor dem Abitur führt dazu, dass AbiturientInnen aus nichtakademischem Elternhaus ihre Studienabsicht seltener aufgeben.

änderung der Studienabsicht ist besonders interessant für SchülerInnen aus nichtakademischem Elternhaus, da die bisherige Literatur zeigt, dass SchülerInnen, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben, eher Schwierigkeiten haben, ihre Studienabsicht beizubehalten.<sup>24</sup> Es wird vermutet, dass die Bildung und Stabilisierung dieser Erwartungen eng mit dem Maß an Zuspruch verbunden sind, den SchülerInnen in ihrem Umfeld erfahren. Informationen zum Nutzen eines Studiums und zu Finanzierungsmöglichkeiten können in diesem Sinne als Ermutigung beziehungsweise Zuspruch gewertet werden, Bildungsabsichten zu verändern oder beizubehalten.

Von daher wird der Effekt der Informationsbereitstellung auf die Art der Veränderung in der Studienabsicht der SchülerInnen ein Jahr nach dem Informationsworkshop untersucht. Es wird deutlich, dass insbesondere SchülerInnen aus einem nichtakademischen Elternhaus seltener ihre Studienabsicht aufgeben: Die bereitgestellten Informationen tragen also vor allem dazu bei, dass Studienberechtigte aus nichtakademischen Familien, die vorher beabsichtigt haben zu studieren, ein Jahr später seltener *kein* Studium anstreben (Abbildung).

<sup>24</sup> Vgl. zum Beispiel Engle, J. (2007): Postsecondary access and success for first-generation college students. *American Academic* Vol. 3, 25–48.

## Durch Informationen werden aus Absichten häufiger Taten

Studienabsichten müssen jedoch nicht unbedingt darin resultieren, dass Studienberechtigte sich tatsächlich um einen Studienplatz bewerben. Im Folgenden wird die Gruppe der SchülerInnen, die bereits vor dem Workshop ein Studium beabsichtigt hat, daher detaillierter untersucht.<sup>25</sup> Zudem wird analysiert, ob sich Jugendliche mit einem oder zwei akademisch gebildeten Elternteilen gleich verhalten. Unterschiede können daraus resultieren, dass in Familien mit „nur“ einem akademisch gebildeten Elternteil das andere Elternteil Erfahrungen mit der beruflichen Ausbildung hat und diese Informationen an die Kinder weitergeben kann. Darüber hinaus sind in solchen Haushalten mögliche Schwierigkeiten bei der Finanzierung eines Studiums häufiger ein Thema.<sup>26</sup>

Die Ergebnisse zeigen: Informationen zu den Nutzen und Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums können in der Tat das Bewerbungsverhalten und damit die Verwirklichung von Studienabsichten beeinflussen (Tabelle 5). Bei AbiturientInnen ohne akademisch gebildete Eltern erhöht sich der Anteil jener, die sich direkt nach dem Abitur (einschließlich der Einschreibungen bei zulassungsfreien Studiengängen) für einen Studienplatz bewerben, durch die Teilnahme am Informationsworkshop um zwölf Prozentpunkte. Eine ähnliche Steigerung zeigt sich für SchülerInnen mit einem akademisch gebildeten Elternteil (dieser Effekt ist allerdings zunächst nicht statistisch signifikant). Sind beide Eltern akademisch gebildet, gibt es keinen Anstieg durch den Informationsworkshop. Diese Befunde bestätigen sich auch dann, wenn andere für eine Studienplatzbewerbung relevante Faktoren wie Unterschiede in den schulischen Leistungen oder ein Migrationshintergrund berücksichtigt werden (Tabelle 5, Spalte 4).<sup>27</sup> Nun ist der Unterschied für AbiturientInnen mit einem akademisch gebildeten Elternteil ebenfalls signifikant positiv. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass Informationen über die Finanzierung und den Nutzen eines Studiums ein Jahr vor dem Abitur verstärkt zu einer Umsetzung von Studienabsichten bei jenen AbiturientInnen beitragen, die nicht aus einer Familie mit zwei akademisch gebildeten Elternteilen kommen.

Tabelle 5

### Effekt des Informationsworkshops auf die Realisierung von Studienabsichten durch eine Studienplatzbewerbung<sup>1</sup>

In Prozent, Differenz in Prozentpunkten<sup>2</sup>

	Mit Workshop- teilnahme	Ohne Workshop- teilnahme	Differenz	Re-gewichtete Differenz <sup>3</sup>
Eltern haben keinen Hochschulabschluss	76,4	64,4	11,9**	12,4**
Ein Elternteil hat einen Hochschulabschluss	75,6	63,5	12,3	17,4*
Beide Elternteile haben einen Hochschulabschluss	66,7	74,5	-7,8	-11,2
N	221	509		

<sup>1</sup> Nur Befragte, die in Welle 1 eine realistische Studienabsicht geäußert haben und an Welle 3 teilgenommen haben.

<sup>2</sup> Mittelwertvergleich auf Basis eines zweiseitigen T-Tests unter Berücksichtigung der Korrelation zwischen SchülerInnen derselben Schule.

<sup>3</sup> Folgende Faktoren werden berücksichtigt: Notendurchschnitt der zwei Leistungskurse im vorletzten Schuljahr, externe Kontrollüberzeugung, Risikoaversion, figurale kognitive Grundkompetenzen (Testergebnis), Migrationshintergrund, Bildungsaspiration der Eltern, Einschätzung der Informiertheit über das Hochschulsystem. Kontrolle durch eine Re-Gewichtung, so dass alle Teilgruppen die gleiche Verteilung hinsichtlich dieser Merkmale aufweisen.

Signifikanzniveau: \*  $p < 0,10$  / \*\*  $p < 0,05$  / \*\*\*  $p < 0,01$

Quelle: Berechnungen der Best-Up-Projektgruppe, Befragungswellen 1 und 3.

AbiturientInnen, die keinen oder nur einen Elternteil mit akademischem Abschluss haben, bewerben sich eher für ein Studium, wenn sie am Infoworkshop teilgenommen haben.

<sup>25</sup> Die folgenden Ergebnisse basieren auf Ehlert, M., Finger, C., Rusconi, A., Solga, H. (2016), a. a. O.

<sup>26</sup> Vor dem Informationsworkshop gaben 33 Prozent der AbiturientInnen mit einem akademisch gebildeten Elternteil Finanzierungsschwierigkeiten an. Im Vergleich dazu waren es von den AbiturientInnen mit zwei akademisch gebildeten Elternteilen 21 Prozent und von den AbiturientInnen aus nichtakademischem Elternhaus 43 Prozent.

<sup>27</sup> Verwendet wurde dafür die Methode von Hainmueller, J. (2012): Entropy Balancing for Causal Effects. *Political Analysis* 20(1), 25–46.

### Fazit

Ein Ziel der Bildungspolitik ist es, Bildungspotentiale optimal zu nutzen und unabhängig vom Bildungshintergrund der Eltern allen Personen einen den persönlichen Präferenzen und Fähigkeiten entsprechenden Übergang in den post-sekundären Bildungsweg zu ermöglichen. Mit Blick auf ein Studium ist dieses Ziel in Deutschland bislang noch nicht erreicht: Nach wie vor studieren AbiturientInnen aus einem nichtakademischen Elternhaus seltener als AbiturientInnen, bei denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat.

Analysen auf Basis des *Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up)* zeigen, dass dieser Herkunftsunterschied deutlich reduziert werden kann, wenn Informationen zum Nutzen eines Studiums im Vergleich zu einer beruflichen Ausbildung sowie zu den Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums bereitgestellt werden. SchülerInnen, die aus einem nichtakademischen Elternhaus kommen und solche Informationen erhalten, erhöhen

kurzfristig ihre Studienabsicht. Auch mittelfristig steigen die Studienabsicht sowie deren Umsetzung in Form von Bewerbungen signifikant. Die soziale Ungleichheit bei der Studienabsicht kann somit schon durch eine relativ kostengünstige bildungspolitische Maßnahme reduziert werden.

Eine Veränderung der Studienabsicht beziehungsweise eine Stabilisierung vorhandener Studienabsichten sind zentral, damit sich SchülerInnen, die ein Studium anstreben, auch tatsächlich für ein Studium bewerben. Zudem können Informationen über den Nutzen eines Studiums und die Möglichkeiten der Studienfinanzierung die Bewerbung um einen Studienplatz fördern. Jugendliche sollten noch in der Schule *aktiv* informiert werden, da sie meist gar nicht wissen, dass sie ein Informationsdefizit haben. Inwiefern diese AbiturientInnen dann einen Studienplatz erhalten und ein Studium aufnehmen und inwiefern auch dazu die bereitgestellten Informationen beitragen können, werden künftige Analysen auf Basis der Daten des *Berliner-Studienberechtigten-Panels* zeigen.

**Frauke Peter** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | fpeter@diw.de

**Alessandra Rusconi** ist wissenschaftliche Forschungs Koordinatorin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB | alessandra.rusconi@wzb.eu

**Heike Solga** ist Direktorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB und Professorin für Soziologie an der FU Berlin | heike.solga@wzb.eu

**C. Katharina Spieß** ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin und Professorin für Bildungs- und Familienökonomie an der FU Berlin | kspiess@diw.de

**Vaishali Zambre** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | vzambre@diw.de

## PROVIDING HIGH SCHOOLERS WITH INFORMATION ABOUT COLLEGE EDUCATION COMPENSATES FOR THE SOCIAL INEQUALITY THAT INFLUENCES THEIR INTENTION TO ATTEND COLLEGE

---

**Abstract:** High school graduates whose parents have no academic background are less likely to go on to higher education than are those with at least one college- or university-educated parent. But the first results of the *Berliner-Studienberechtigten-Panels (Best Up)*, a joint study conducted by DIW Berlin and the Berlin Social Science Center (WZB), indicate that providing high schoolers with information on the benefits and financing of college education increases the

likelihood that they intend to enroll in college—particularly for students whose parents have no academic background. It's not just about intentions, though: provision of information also increases the likelihood that the students will carry out these plans, which means that they will actually apply to college. Offering such short school workshops can therefore be an effective measure in reducing the effect of social inequality on high school graduates' intentions to study.

JEL: I21, I24, J24

**Keywords:** study intention, educational inequality, information deficit



Dr. Frauke Peter, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin

## SIEBEN FRAGEN AN FRAUKE PETER

# »Kinder aus Nichtakademiker-Haushalten wollen nach einem Infoworkshop eher studieren«

1. Frau Peter, Sie haben untersucht, inwieweit Informationen über Kosten und Nutzen eines Studiums die Studienwahrscheinlichkeit von Abiturientinnen und Abiturienten beeinflussen. Zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen? *Wir können mit unserer Studie zeigen, dass die Bereitstellung von Informationen zum Nutzen und zur Finanzierung eines Studiums eine effektive Maßnahme ist, um die Studienabsicht von Kindern aus nichtakademischem Elternhaus zu erhöhen.*
2. Welche Rolle spielt dabei das Elternhaus? *Seit vielen Jahren zeigt sich deutlich, dass es beim Übergang vom Abitur ins Studium einen Unterschied gibt, wenn man nach dem Bildungshintergrund der Eltern differenziert. So gehen nur 60 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten, deren Eltern maximal eine Lehre absolviert haben, in ein Studium über. Hingegen sind es bei Abiturientinnen und Abiturienten, bei denen mindestens ein Elternteil einen Hochschulabschluss hat, 82 Prozent.*
3. Wie wurden die Informationsworkshops durchgeführt? *Wir haben im Rahmen unserer Studie, die sich das Berliner-Studienberechtigten-Panel (Best Up) nennt, Befragungen an 27 Berliner Schulen durchgeführt. Innerhalb dieser Gruppe von Schulen wurden zufällig Schulen mit und ohne Informationsworkshop ausgewählt und miteinander verglichen, um methodisch zu überprüfen, wie der Workshop wirkt. Es gab eine kurze Präsentation im Rahmen einer Schulstunde, in der wir über den Nutzen und die Finanzierungsmöglichkeiten eines Studiums informiert haben. Am Ende haben wir ein dreiminütiges Video gezeigt, um diese Informationen noch einmal komprimiert zusammenzufassen.*
4. Könnten solche Informationsveranstaltungen das Problem nachhaltig lösen? *Wir können mit unseren Ergebnissen zeigen, dass auch ein Jahr nach dem Informationsworkshop Schülerinnen und Schüler aus nicht akademischem Elternhaus seltener keine Studienabsicht haben. Darüber hinaus können wir zeigen, dass auch das Bewerbungsverhalten positiv beeinflusst wurde und sich Abiturientinnen und Abiturienten aus nicht akademischen Elternhäusern eher für einen Studienplatz bewerben.*
5. Welchen Effekt hatten die Workshops auf Abiturientinnen und Abiturienten aus Akademikerfamilien? *Hier finden wir langfristig, also ein Jahr nach dem Informationsworkshop, keinen Effekt mehr. Kurzfristig sehen wir, dass insbesondere Schülerinnen und Schüler mit schlechteren Leistungen ihre Studienabsicht verringern, also nach dem Informationsworkshop keine Studienabsicht mehr angeben.*
6. Was sagt das Ergebnis Ihrer Studie über die Chancengleichheit in Deutschland aus? *Unsere Studie kann zeigen, dass sich die Lücke in der Studienabsicht, die durch die sozialen Unterschiede beim Bildungshintergrund sichtbar ist, durch die Bereitstellung von wissenschaftlich basierten Informationen kurzfristig verringert. Auch längerfristig, also ein Jahr nach dem Informationsworkshop, können wir zeigen, dass die Kinder von Nichtakademikern ihre Studienabsicht beibehalten.*
7. Plädieren sie dafür, dass solche Informationsworkshops bundesweit eingeführt werden sollten? *Wir konnten zumindest zeigen, dass für Berliner Schülerinnen und Schüler die Bereitstellung von Informationen eine effektive Maßnahme ist. Inwieweit das auch für andere Bundesländer eine sinnvolle Maßnahme sein könnte, sollte dann noch mal getestet werden – eine Wirkung lässt sich jedoch auch da vermuten.*

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf [www.diw.de/mediathek](http://www.diw.de/mediathek)

# Jura-Prädikat hat eine stark positive Signalwirkung auf das Einkommen

Von Ronny Freier, Moritz Schubert, Mathias Schumann und Thomas Siedler

Höhere Bildung wird gemeinhin mit einem höheren Einkommen assoziiert. Während sich dieser Effekt für zusätzliche Schul- und Ausbildungsjahre leicht nachweisen lässt, ist die Frage, ob auch bessere Studienleistungen mit einem höheren Verdienst verbunden sind, nicht so einfach zu beantworten. Dieser Wochenbericht untersucht den Effekt des Prädikats im ersten Staatsexamen, das Studierende der Rechtswissenschaften erlangen können, auf das Einkommen. Die Analyse zeigt einen deutlichen, statistisch nachweisbaren positiven Effekt schon relativ früh in der Erwerbsbiografie der Juristinnen und Juristen. Interessanterweise bleibt der Effekt auch dann bedeutsam, wenn in die statistische Analyse Kontrollvariablen wie die Abiturnote und die elterlichen Berufe einfließen. Sechs Jahre nach dem ersten Staatsexamen beträgt der Einkommenszuwachs allein durch das Prädikat 13 bis 14 Prozent. Hier zeigt sich die besondere Signalwirkung des Prädikatsexamens. Dies wird insbesondere dadurch deutlich, dass sich bei anderen Berufsgruppen für gute Studienleistungen keine besonderen Einkommenseffekte nachweisen lassen. Grundsätzlich ist ein Zusammenhang zwischen einem Prädikat und einem höheren Einkommen zu erwarten. Überraschend ist aber die Größenordnung des Effekts.

Die empirische Arbeitsmarktforschung beschäftigt sich intensiv mit den Effekten von Bildung auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wenig erforscht ist hingegen der Einfluss besonderer Leistungen im Studium auf den Arbeitsmarkterfolg. Hierbei kann die Studienabschlussnote für potenzielle ArbeitgeberInnen ein Signal sowohl für das im Studium angeeignete Humankapital in Form von Wissen als auch über die zukünftig zu erwartende Produktivität sein. Basierend auf den Ergebnissen einer wissenschaftlichen Studie,<sup>1</sup> beschreibt dieser Wochenbericht, wie sich eine besondere Studienleistung in den Rechtswissenschaften auf das Einkommen auswirkt.

Die Studie untersucht für die 90er und 2000er Jahre den Effekt eines Prädikats im ersten Staatsexamen in Jura auf das Einkommen fünf bis sechs Jahre nach Abschluss des ersten Staatsexamens. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass allein das Erlangen des Prädikatsexamens zu einem Anstieg des Einkommens von 13 bis 14 Prozent führt. Dabei werden auch sozio-ökonomische Merkmale (unter anderem Abiturnote, Geschlecht, Bildungsgrad der Eltern) berücksichtigt.

Jura ist ein beliebtes Studienfach in Deutschland. Im Jahr 2015 waren 110 000 Jurastudierende an den Hochschulen eingeschrieben, das sind etwa vier Prozent aller Studierenden.<sup>2</sup> Unmittelbar nach der Hochschulausbildung absolvieren die Jurastudierenden in der Regel das erste Staatsexamen, welches aus schriftlichen und mündlichen Prüfungen besteht und von den Landesjustizprüfungsämtern abgenommen wird.<sup>3</sup> Auch wenn es zwischen den Ländern gewisse Unterschiede bei den Lehrplänen

<sup>1</sup> Freier, R., Schumann, M., Siedler, T. (2015): The earnings returns to graduating with honors – Evidence from law graduates. *Labour Economics*, Volume 34, Juni 2015, 39-50.

<sup>2</sup> Siehe [de.statista.com/statistik/daten/studie/2140/umfrage/anzahl-deutschen-studenten-nach-studienfach/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/2140/umfrage/anzahl-deutschen-studenten-nach-studienfach/); und [de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/](http://de.statista.com/statistik/daten/studie/221/umfrage/anzahl-der-studenten-an-deutschen-hochschulen/).

<sup>3</sup> Außerhalb unseres Untersuchungszeitraums wurde ab 2006 die Zuständigkeit für die Abnahme der Prüfungen auf die Universitäten und Landesjustizprüfungsämter aufgeteilt.

Kasten 1

**Verwendeter Datensatz**

Für unsere Studie wurden Daten des Absolventenpanels des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Hannover benutzt. Die Panelteilnehmer wurden ein Jahr nach ihrem Abschluss bezüglich Charakteristika wie Geschlecht, Alter, Abiturnote, Hintergrund der Eltern, fachliche Vertiefung etc. befragt. Die Umfragen stammen aus den Jahren 1994, 1998, 2002 und 2006 und beinhalten vollständige Daten für 828 JuraabsolventInnen. Fünf bis sechs Jahre nach dem ersten Staatsexamen wurden in einer zweiten Welle auch die Informationen über die monatlichen Bruttoeinkommen erfasst. Die Daten über Medizin- und PharmazieabsolventInnen, die in den ökonomischen Verfahren als Kontrollgruppe verwendet werden, stammen ebenfalls aus diesem Datensatz.

und den Prüfungen gibt, sind die Abschlüsse weitestgehend vergleichbar und berechtigen die AbsolventInnen dazu, im gesamten Bundesgebiet zu arbeiten. Nach dem ersten Staatsexamen absolvieren die Studierenden ein zweijähriges Referendariat,<sup>4</sup> in dem sie auf verschiedenen Stationen praktische Erfahrungen etwa am Gericht und/oder in Kanzleien sammeln. Darauf folgt das zweite Staatsexamen, das wie das erste aus mehreren schriftlichen und mündlichen Prüfungen besteht und die Ausbildung zur Volljuristin abschließt.

In den beiden Staatsexamen erlangen die Jurastudierenden ein Prädikatsexamen, wenn sie auf einer Bewertungsskala von 0 bis 18 Punkten jeweils einen Schnitt von neun oder mehr Punkten erreichen. In Deutschland ist diese Vergabe eines Prädikates eine Besonderheit und existiert (abgesehen von Promotionen) nur bei juristischen Staatsexamen. Für viele berufliche Positionen im öffentlichen wie im privaten Sektor ist das Prädikatsexamen eine Voraussetzung.

**Noten- und Lohnstruktur**

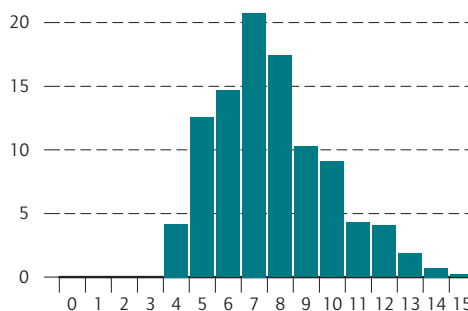
Abbildung 1 zeigt die Punkteverteilung der JuraabsolventInnen im ersten Staatsexamen in den uns zur Verfügung stehenden Daten (Kasten 1). Etwa die Hälfte der AbsolventInnen erreicht sieben oder weniger Punkte, während nur knapp sieben Prozent zwölf oder mehr Punkte erreichen. Um den Zusammenhang zwischen Studienleistungen und Einkommen nachvollziehen zu

4 In früheren Jahren war das Referendariat teilweise drei Jahre lang.

Abbildung 1

**Punkteverteilung der JuraabsolventInnen im ersten Staatsexamen**

In Prozent



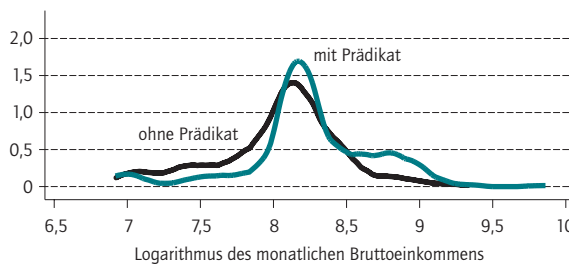
Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Datensatzes des DZHW.

© DIW Berlin 2016

Rund 30 Prozent der Prüflinge aus dem Datensatz erreichen neun oder mehr Punkte.

Abbildung 2

**Dichtefunktion des logarithmierten Monateinkommens von JuraabsolventInnen mit und ohne Prädikat**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Datensatzes des DZHW.

© DIW Berlin 2016

JuraabsolventInnen mit Prädikat haben höhere Einkommen.

können, vergleichen wir das (logarithmierte) Bruttomonatseinkommen der AbsolventInnen mit Prädikat, die in unserer Stichprobe 30 Prozent der AbsolventInnen ausmachen, mit dem Einkommen der AbsolventInnen ohne Prädikat. Abbildung 2 zeigt, dass die AbsolventInnen mit Prädikat mit ihrer Einkommensverteilung zum Teil deutlich über den Einkommen von AbsolventInnen ohne Prädikat liegen. Insbesondere in den obersten Perzentilen der Einkommensverteilung finden sich beträchtlich mehr Prädikats-AbsolventInnen. Dies deutet darauf



hin, dass das Prädikat mit einem höheren Einkommen zusammenhängt.

## Empirische Auswertung

Um den Effekt des Prädikatsexamens quantitativ bestimmen zu können, wenden wir unterschiedliche ökonomische Methoden an (Kasten 2).

Die Regression ohne Kontrollvariablen schätzt für den Koeffizienten der Variable *Prädikatsexamen* einen Wert von 0,218 (Tabelle). Dies bedeutet, dass JuraabsolventInnen mit Prädikatsexamen 24 Prozent ( $e^{0,218} - 1 = 0,24$ ) mehr verdienen als AbsolventInnen ohne Prädikatsexamen. Hierbei werden lediglich die Löhne mit und ohne Prädikatsexamen verglichen. Wie erklärt sich diese Einkommensdifferenz? Zum einen erreichen JuraabsolventInnen mit Prädikatsexamen im Durchschnitt eben eine höhere Produktivität am Arbeitsmarkt, die sich in höheren Löhnen widerspiegelt. Tatsächlich haben AbsolventInnen mit Prädikat auch eine im Durchschnitt bessere Abiturnote und haben Eltern mit einem höheren Bildungsstand. Zum anderen können die AbsolventInnen mit Prädikatsexamen ihre hohe Qualifikation direkt an die ArbeitgeberInnen signalisieren. ArbeitgeberInnen müssen sich nicht die Mühe machen und die tatsächliche Qualifikation ermitteln, sie basieren ihre Entscheidung, jemanden zu beschäftigen, mit großem Gewicht auf dem Signal *Prädikat*. Für zwei JuraabsolventInnen mit fast identischem Notendurchschnitt, von denen aber eine knapp unter der entscheidenden Grenze bleibt (Notenschnitt von 8,9 zu 9,0), bedeutet die Signalwirkung einen erheblichen Lohnunterschied, obwohl sich die tatsächliche Qualifikation kaum unterscheidet.

Um diese Signalwirkung des Prädikatsexamens herauszuarbeiten, werden in den weiteren statistischen Spezifikationen andere mögliche Faktoren einbezogen, die das individuelle Einkommen beeinflussen. Nach Berücksichtigung solcher Faktoren wie Abiturnote, Geschlecht, Bildung und berufliche Qualifikation der Eltern, Länge des Studiums, Alter bei Abschluss, Studienstandort, Studienmotivation und Familiensituation während des Studiums ergibt sich ein isolierter Zusammenhang zwischen Prädikatsexamen und Einkommen.

In Spalte 2 der Tabelle finden sich die entsprechenden signifikanten Schätzwerte, die zeigen, dass JuraabsolventInnen mit Prädikatsexamen um 13 Prozent höhere Einkommen haben. Spalte 3 bestätigt diesen Befund unter Verwendung einer alternativen Schätzmethode (Kasten 2).

Während die ersten Ergebnisse sich allein auf die Auswertung der Einkommen von JuraabsolventInnen mit und ohne Prädikatsexamen stützen, wird zur weiteren

### Kasten 2

#### Ökonometrische Methoden

Es werden unterschiedliche Regressionstechniken angewandt, deren Ergebnisse gezeigt werden. Die abhängige Variable bei allen fünf Regressionen ist das logarithmierte Bruttomonatseinkommen. Bei den ersten drei Regressionen ist der Koeffizient der unabhängigen Variable „Prädikatsexamen“ von Interesse, die den Wert 1 annimmt, wenn die AbsolventInnen ein Prädikatsexamen vorweisen können, und anderenfalls den Wert 0. Die erste Regression ist eine OLS-Regression, die „Prädikatsexamen“ als einzige unabhängige Variable beinhaltet, während bei der zweiten Regression zusätzlich unabhängige Kontrollvariablen benutzt werden. In der dritten Regression wird ein Entropy-Balancing benutzt, bei denen die Observationen der Kontrollgruppe so umgewichtet werden, dass sie die Verteilung der Variablen der Treatmentgruppe ideal spiegeln.

Des Weiteren wird die Difference-in-Differences-Methode, kombiniert mit dem Entropy-Balancing mit und ohne unabhängige Kontrollvariablen, angewendet. Dabei stellen Medizin- und PharmazieabsolventInnen eine geeignete Kontrollgruppe dar, da diese ebenfalls im Staatsexamen geprüft werden, jedoch kein explizites Prädikat für gutes Abschneiden erhalten. Im Gegensatz zu Jurastudierenden werden sie auf einer Notenskala bewertet, wobei sie mit einem Schnitt zwischen 1,0 und 4,0 bestehen und der Durchschnitt bei 2,24 liegt. Die Regressionsmethode nutzt die 828 JuraabsolventInnen sowie 1 371 Medizin- und PharmazieabsolventInnen als Observationen und verwendet dabei die kategorischen Variablen „Prädikatsexamen“, „Jura“ und „Prädikatsexamen\*Jura“. „Prädikatsexamen“ ist bei JuraabsolventInnen wie in den vorigen Regressionen definiert; bei den Medizin- und PharmazieabsolventInnen nimmt die Variable bei den leistungsstärksten 23 Prozent<sup>1</sup> den Wert 1 und ansonsten den Wert 0 an. „Jura“ nimmt bei JuraabsolventInnen den Wert 1 und bei Medizin- und PharmazieabsolventInnen den Wert 0 an. Die Tabelle weist neben den Koeffizienten der Variablen „Prädikatsexamen“ und „Jura“ den Koeffizienten der Interaktion „Prädikatsexamen\*Jura“ aus, der für die Interpretation der Ergebnisse die größte Bedeutung hat. Hier wird der Mehrwert eines Prädikats unter den JuraabsolventInnen gemessen, der über den Mehrwert eines guten Studienabschlusses im Allgemeinen hinausgeht.

<sup>1</sup> Wegen der Variation zwischen Kohorten und den Eigenschaften der Notenskala können nicht exakt 30 Prozent wie bei den JuraabsolventInnen als leistungsstark definiert werden. Im Robustheitscheck wurden jedoch auch andere Werte verwendet.

Tabelle

**Wirkung eines Prädikatsexamens auf das Einkommen**

Ergebnisse der Regressionen

	Logarithmiertes Bruttomonatseinkommen				
	OLS		Entropy	DiD und Entropy	
Prädikatsexamen	0,218***	0,125***	0,134***	0,004	0,004
Standardfehler	0,035	0,036	0,041	0,034	0,03
Jura				-0,127***	-0,189***
Standardfehler				0,042	0,045
Prädikatsexamen*Jura				0,130**	0,130**
Standardfehler				0,058	0,054
R <sup>2</sup>	0,049	0,194	0,192	0,014	0,154
Anzahl der Individuen	828	828	828	2 199	2 199
Berücksichtigte Variablen					
Abiturnote	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
Dauer des Studiums (in Jahren)	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
Motivation der Studienwahl	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
Bildung der Eltern	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
Weitere Kontrollvariablen	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja
Kohortenspezifische Indikatoren	Nein	Ja	Ja	Nein	Ja

Quelle: Freier, R., Schumann, M., Siedler, T. (2015), a. a. O.

© DIW Berlin 2016

Bis auf die OLS-Regression ohne Kontrollvariablen ergeben alle Regressionen einen Koeffizienten von 0,13.

Validierung zusätzlich ein Vergleich mit einer anderen Berufsgruppe genutzt (*Difference-in-Differences-Methode*). Die Methode misst zunächst wieder den Einkommensunterschied zwischen den besten JuristInnen mit Prädikat und den JuristInnen ohne Prädikat. Parallel wird der Einkommensunterschied zwischen den besten und den restlichen AbsolventInnen der Medizin und Pharmazie berechnet. Die Studierenden der Medizin und Pharmazie absolvieren ebenfalls ein Staatsexamen, allerdings gibt es in diesen Studienfächern kein Prädikatsexamen (sehr wohl aber eine Differenzierung über die Abschlussnote). Insoweit bei den JuristInnen eine größere Einkommensdifferenz festgestellt wird, kann diese auf die Signalwirkung des Prädikats zurückgeführt werden.

Die Ergebnisse der Regressionen (mit und ohne weitere Kontrollvariablen) legen in Übereinstimmung mit den vorhergehenden Analysen nahe, dass das Erreichen eines Prädikatsexamens einen Einkommenszuschlag in Höhe von etwa 14 Prozent ( $e^{0,13} - 1 = 0,1388$ ) bewirkt. Die diesem Bericht zugrunde liegende ausführliche Studie legt zudem dar, dass die Ergebnisse nicht davon abhängen, ob andere Fächer als Kontrollgruppe verwendet werden (neben Medizin- und Pharmaziestudierenden wurden auch Lehramts- und Ökonomiestudierende getestet).

**Fazit**

Die empirischen Tests zeigen, dass ein Prädikatsexamen bei AbsolventInnen der Rechtswissenschaften einen Einkommenszuschlag von 13 bis 14 Prozent bewirkt. Dabei hat das Prädikatsexamen eine Signalwirkung, die über die darin reflektierten guten Studienleistungen hinausgeht. Dies ist unter anderem dadurch begründet, dass das Prädikatsexamen ein Zugangskriterium für viele lukrative berufliche Positionen im privaten wie im öffentlichen Sektor ist.

Die Größe dieses Effekts ist in vielerlei Hinsicht überraschend. Erstens bemisst sich der Gesamteffekt (Produktivitätseffekt plus Signalwirkung) auf 24 Prozent, die Signalwirkung erklärt damit über die Hälfte des Gesamteffekts. Zweitens ist die Effektgröße von 13 bis 14 Prozent auch im Hinblick auf andere Bildungs- und Arbeitsmarkteffekte als groß einzustufen. Das Erreichen des Prädikatsexamens hat hier einen vergleichbaren Effekt auf das spätere Einkommen wie ein bis zwei zusätzliche Jahre Schulbildung. Drittens ist es besonders bemerkenswert, dass dieser Effekt sechs Jahre nach dem ersten Staatsexamen so stark ausgeprägt ist. Dabei ist zu beachten, dass die AbsolventInnen in der Regel nach dem ersten Staatsexamen ein Referendariat und das zweite Staatsexamen absolvieren. Ein nicht unerheblicher Teil

der Studierenden promoviert zudem. Nach sechs Jahren stehen damit viele tatsächlich erst am Beginn ihres Erwerbslebens. Wie sich der Einkommenszuschlag durch das Prädikat im Verlauf der weiteren Karriere verhält, lässt sich nicht klar voraussagen. Einerseits könnte man vermuten, dass die Signalwirkung des Prädikatsexamens zu Beginn der Karriere am stärksten ist und danach andere Faktoren am Arbeitsmarkt an Bedeutung gewinnen. Andererseits ist es auch nicht ausgeschlossen, dass sich die Einkommensunterschiede im weiteren Verlauf noch steigern, wenn JuristInnen mit Prädikat auch noch bessere Aufstiegschancen nutzen können.

Brisanz erhält das Ergebnis dieses Berichts zudem durch die Forschung von Towfigh et al. (2015), die sich mit der Punkteverteilung bei juristischen Staatsexamen beschäftigt.<sup>5</sup> Die Studie zeigt, dass die Prüfungskommissionen in mündlichen Prüfungen in Grenzfällen bewusst die bessere Note (das Erreichen des Prädikats) bevorzugen.

---

<sup>5</sup> Towfigh, E., Traxler, C., Glöckner, A. (2014): Zur Benotung in der Examensvorbereitung und im ersten Examen: Eine empirische Analyse. Zeitschrift für Didaktik der Rechtswissenschaft, 1/2014, 8-27.

**Ronny Freier** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Staat am DIW Berlin und Juniorprofessor an der FU Berlin | rfreier@diw.de

**Moritz Schubert** ist studentische Hilfskraft am DIW Berlin

Hinsichtlich der von uns aufgezeigten Bedeutung des Prädikats stellt sich hier die Frage, welche Personengruppen von den positiven Entscheidungen der Prüfungskommissionen besonders profitieren und somit langfristig bessere Karrierechancen haben.

Ob die Notengebung mit Prädikatsexamen im Bereich der Rechtswissenschaften ein sinnvolles System ist, lässt sich nicht pauschal beurteilen. Sicherlich reduziert das Prädikatsexamen die Informationshürden und macht den Arbeitsmarkt für JuristInnen (insbesondere für ArbeitgeberInnen) übersichtlicher. Hier kann ein Signal also durchaus einen positiven Effekt haben. Allerdings sollte dann sichergestellt werden, dass das Prädikatsexamen auch für jeden Kandidaten gleich (schwer) zu erreichen ist. In einem System, in dem die Gesamtnote am Ende von den wenigen Prüfungen des Staatsexamens abhängt und eine Kommission eventuell selektiv bestimmt, wer bessere Chancen auf ein Prädikat hat, lässt sich die Notenregelung in den Rechtswissenschaften sicherlich schwerer rechtfertigen. Die Ergebnisse dieser Studie geben zu bedenken, dass der aktuelle Status quo enorme Auswirkungen auf das Einkommen von JuristInnen hat.

**Mathias Schumann** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg

**Thomas Siedler** ist Professor für Mikroökonomie an der Universität Hamburg

---

## GRADUATING WITH HONORS FROM LAW SCHOOL HAS STRONG POSITIVE SIGNAL EFFECT ON INCOME

---

**Abstract:** Higher education is usually associated with a higher income. While this effect can be verified by examining the extent and duration of an individual's education and training, the question of whether better academic performance is also linked with higher income is more difficult to answer. This weekly report examines whether law students achieve honors in their first state examination affects their future income. The analysis shows a clear, statistically detectable positive effect relatively early in the lawyers' career profiles. Interestingly, the effect remains significant even when control

variables such as school grades and parental occupations are taken into account. Six years after the first state examination, the income growth connected solely to the achievement of honors amounted to 13 to 14 percent. The special signal effect of graduating with honors is apparent in the field of law: the fact that good academic performance does not have a demonstrable effect on income in other professions is evidence of this. Essentially, a connection between graduating with honors and a higher income is to be expected; what is surprising is the magnitude of this relationship.

JEL: J01, J31, J44

**Keywords:** honor degree, income, law



Dr. Ferdinand Fichtner,  
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik  
am DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung  
des Autors wieder.

# Brexit: Zügiger Verhandlungsbeginn wäre auch ökonomisch sinnvoll

Eine Woche nach der Entscheidung der britischen Bevölkerung für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union bleibt das Schlachtengeräusch der Brexit-BefürworterInnen erstaunlich gedämpft. Schien es ihnen vor dem Referendum nicht schnell genug gehen zu können mit dem Ausstieg aus dem europäischen Staatenverbund, halten sie sich jetzt auffällig zurück; vielmehr betonen Boris Johnson und Co. plötzlich die Vorzüge von Freihandel, Freizügigkeit und gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik – und versprechen der verunsicherten Bevölkerung, dass die Vorteile erhalten blieben und sich das Königreich lediglich der Nachteile der EU-Mitgliedschaft entledigen werde.

In Brüssel dagegen formulieren die Repräsentantinnen und Repräsentanten des vereinigten Europas Forderungen nach einem harten Schnitt und schnellem Austritt Großbritanniens. Manche dürften darauf hoffen, dass etwa die Wiedereinführung von Zöllen der britischen Wirtschaft schadet. Bereits jetzt dürfte diese unter dem Brexit-Votum leiden; der Einbruch der Kapitalzuflüsse hat zu schlechteren Finanzierungskonditionen für Unternehmen, den Staat und auch die privaten Haushalte geführt. Grund zur Freude sollte das freilich nicht sein: Auch für die übrigen europäischen Volkswirtschaften dürfte die Entscheidung vom vergangenen Donnerstag mit erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen bereits in der kurzen Frist einhergehen. Großbritannien ist – nach den USA und Frankreich – der dritt wichtigste Exportmarkt für deutsche Unternehmen; da die britische Wirtschaft als Nachfrager nach unseren Produkten ausfällt, weil im derzeitigen Umfeld keiner mehr auf der Insel investieren will, werden die Ausfuhren spürbar schwächer expandieren und, indirekte Effekte außen vor lassend, die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr wohl um einen halben Prozentpunkt weniger wachsen.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung an London durchaus angemessen, den Verhandlungsbeginn nicht zu

verzögern, sondern die hohe Unsicherheit alsbald zu beseitigen. In den Verhandlungen über den Austritt sollte Brüssel sich nicht zu nachgiebig zeigen, denn auch das nimmt den Europa-Gegnern in anderen Mitgliedsländern den Wind aus den Segeln. Am Vereinigten Königreich ein Exempel zu statuieren, wird freilich dennoch schwierig: Es fällt nicht leicht, Politikbereiche zu identifizieren, deren Entzug für Großbritannien schmerzlich, für den Rest der Union aber von geringer Bedeutung wäre.

Die EU ist eben kein Tennisclub, dessen Trainingsplätze nach Aufgabe der Mitgliedschaft nicht mehr benutzt werden dürfen (und die dann für andere Clubmitglieder frei werden). Vielmehr beruht die Union auf gemeinsamen Interessen: Von Freihandel und Freizügigkeit profitieren alle Mitgliedsländer, die Wiedereinführung von Zollschranken gegenüber Großbritannien wird den Rest der EU ebenso treffen wie das Vereinigte Königreich. Eine gute Verhandlungsposition hat die Europäische Union wohl vor allem im Bereich der Finanzmarktintegration, deren Aufgabe aus britischer Sicht besonders schmerzlich sein dürfte; aber selbst bei diesem Thema sind die Kosten für die verbleibenden Mitgliedsländer nicht zu vernachlässigen.

Allerdings sollten die Brexit-Befürworter bei der britischen Bevölkerung keine falschen Hoffnungen wecken: Die Vorstellung, Großbritannien könne sich die Vorzüge der europäischen Integration erhalten und nur die Nachteile beseitigen, führt in die Irre. So kann Freihandel ohne eine Harmonisierung von technischen Normen und Produktzulassungen nicht funktionieren; die vielgescholtenen EU-Bananen und Gurken würden den Briten wohl erhalten bleiben, wenn sie weiter vom Freihandel in Europa profitieren wollen. Gleiches gilt für eine abgestimmte Einwanderungspolitik, die erforderlich ist, falls für britische Bürgerinnen und Bürger die Personenfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas Bestand haben soll.